



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 16. Juni 2025

Der Kantonsrat hat das neue Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht in erster Lesung beraten und beiden Anträgen der Kommission für eine stärkere parlamentarische Kontrolle zugestimmt ([5963](#)). Mit dem Gesetz tritt der Kanton Zürich der interkantonalen Vereinbarung bei, mit der die Aufsichtsregionen Zürich und Ostschweiz zusammengelegt werden. Das Gesetz wird nun noch für die zweite Lesung von der Redaktionskommission geprüft.

Der Kantonsrat hat die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte in erster Lesung ohne Änderungen beraten. Die Gesetzesänderung betrifft die bisherige Vorgabe, dass Listengruppen bei den Kantonsratswahlen mindestens drei Prozent der Parteistimmen im ganzen Kanton erreichen müssen, um ins Parlament einziehen zu können. Neu wird festgelegt, dass sich dieses 3-Prozent-Quorum auf die Wählerinnen und Wählerzahlen und nicht auf die Parteistimmen bezieht, weil das ursprünglich die Absicht des Kantonsrates gewesen war. Der Unterschied ist allerdings gering – bei den letzten drei Kantonsratswahlen hätte die neue Berechnungsart keine Auswirkungen gehabt ([5951](#)). Das Gesetz wird nun noch für die zweite Lesung von der Redaktionskommission geprüft.

Der Kantonsrat ist mit 96 zu 74 Stimmen auf die Vorlage zur Änderung der Kantonsverfassung und zum neuen Gesetz über die Vertretung von Parlamentsgemeinden eingetreten ([KR-Nr. 420/2020](#)). In der Detailberatung hat der Kantonsrat allen Mehrheitsanträgen der Kommission zugestimmt und die Minderheitsanträge abgelehnt. Bei der Vorlage, die auf eine parlamentarische Initiative beruht, geht es um die Frage, ob sich Ratsmitglieder bei längeren Abwesenheiten – beispielsweise aufgrund von Mutterschaft, Krankheit oder Unfall – vertreten lassen können. Das Parlament hat sich für eine Stellvertretungsregelung im Kantonsrat ausgesprochen, während die Gemeinden in ihren Gemeindeordnungen selber entscheiden können, ob sie auch für ihre Parlamente Stellvertretungsregelungen vorsehen wollen. Das Gesetz wird nun noch für die zweite Lesung von der Redaktionskommission geprüft.

Die Behördeninitiative des Gemeinderates der Stadt Zürich, mit der ebenfalls eine Stellvertretungsregelung in den Gemeindeparlamenten gefordert wurde, hat der Kantonsrat mit 120 zu 49 Stimmen abgelehnt ([5826](#)).